

an den Kongreß im Vorschlag gebracht, da kürzlich zwei weitere brasilianische Schiffe, „Acary“ und „Quahaba“, die nach Havre unterwegs waren, von deutschen Tauchbooten bei Kap St. Vincent torpediert worden seien.

9. Dez. (Guatemala.) Abbruch der Beziehungen zu Deutschland.

11. Dez. (Panama.) Kriegserklärung an Österreich-Ungarn.

Die Nationalversammlung und der Präsident der Republik erklären den Kriegszustand zwischen Panama und der Österr.-ung. Monarchie. — Die Vertretung der Interessen der Monarchie übernimmt Spanien.

16. Dez. (Kuba.) Kriegserklärung an Österreich-Ungarn.

Gemäß eines Beschlusses des kub. Repräsentantenhauses (v. 13.) erklärt die Regierung der Republik den Eintritt des Kriegszustandes zwischen Kuba und der Österr.-ung. Monarchie. — Die Vertretung der Interessen der Monarchie übernimmt Spanien.

XXVII.

Australien.

Anf. Jan. Premierminister Hughes bildet unter dem Namen „Nationale Vereinigung“ eine neue Partei.

Ihr gehören auch die Premierminister Victoria's, Südaustraliens, Westaustraliens, Tasmaniens und ein Vertreter der Regierung von Neu-Südwales an. Wegen Hughes' Haltung in der Wehrpflichtfrage hat sich die Mehrheit der Arbeiterpartei von ihm abgewandt. Ihr Führer ist der frühere Handelsminister Tudor. Mitte Januar beginnen Verhandlungen zwischen dem Führer der Liberalen Coof und Hughes, um diejenige die Teilnahme an der Reichskonferenz in London zu ermöglichen.

15. Febr. Bildung eines Koalitionsministeriums.

Infolge der wachsenden Opposition der Tudorpartei ist Premierminister Hughes genötigt, unter dem Namen eines republikanischen Kriegskabinetts ein Koalitionskabinet zu bilden. Es wird beschlossen, die Dienstpflichtfrage ruhen zu lassen.

5. März. Auflösung des Parlaments.

Die Veranlassung gibt die Ablehnung der Vorlage betr. Verlängerung der Legislaturperiode des Parlaments (bis sechs Monate nach Friedensschluss, spätestens bis zum 8. Okt. des nächsten Jahres) durch den (in der Mehrheit aus Arbeitern gebildeten) Senat. Mit Rücksicht auf die Wahlkampfe muß Hughes von dem Besuche der Reichskonferenz absehen.

5. Mai. Neuwahlen.

„Reuter“ meldet darüber: Bei den Wahlen standen sich die wehrpflichtfeindlichen Arbeiterparteilern auf der einen und die Liberalen und die übrigen Arbeiterparteilern auf der anderen Seite gegenüber. Die beiden letztgenannten Parteien wünschen eine starke nationale Regierung für eine kaiservolle Freisetzung des Krieges. Die sog. nationalistische Koalition hat die Mehrheit in beiden Häusern der Volkvertretung erlangt. Im Unterhaus hat sie 50 Vertreter gegen 25 Wehrpflichtgegner, im Senat 23 gegen 13 wehrpflichtfeindliche Arbeiterparteilern.